



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Ressort Recht

(Datum) ... 2021

Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) - Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherber- gungsbetrieben (Umsetzung der Motion 16.3902 Bischof)

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	3
2 Eingegangene Stellungnahmen	4
3 Allgemeiner Überblick	4
3.1 Teilnehmer, welche die Vorlage des Bundesrats unterstützen.....	4
3.2 Teilnehmer, die mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden sind, aber zusätzlich eine weitergehende Regulierung wünschen	4
3.3 Teilnehmer, welche die Vorlage ablehnen.....	5
3.4 Teilnehmer, welche die Vorlage, so wie vom Bundesrat vorgeschlagen, ablehnen, aber eine weitergehende Regulierung befürworten	5
3.5 Teilnehmer, die ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben	5
4 Die Stellungnahmen im Einzelnen	5
4.1 Bewertung der vorgeschlagenen Bestimmung	5
4.2 Änderungsvorschläge.....	7
4.2.1 Erweiterung des Verbots auf Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln	7
4.2.2 Verbot der direkten und indirekten Durchsetzung von Preisparitätsklauseln.....	7
4.2.3 Weitere Anträge	7
Anhang Vernehmlassungsteilnehmer	9

Zusammenfassung

Von den insgesamt 123 Teilnehmerinnen und -teilnehmern spricht sich eine deutliche Mehrheit für die Vorlage des Bundesrates aus. Mit Ausnahme von ZH befürworten alle teilnehmenden Kantone die Vorlage. Was die politischen Parteien anbetrifft, so unterstützen Die Mitte, SPS, SVP die Vorlage. GLP und FDP lehnen sie ab. Bei den teilnehmenden Verbänden überwiegen die Befürworter deutlich. Schliesslich unterstützen zahlreiche Beherbergungsbetriebe die Vorlage, während sie von booking.com und expedia abgelehnt wird.

Die Befürworter betonen, die Vorlage stelle die Wirtschaftsfreiheit der Beherbergungsbetriebe, insbesondere deren Preissetzungsfreiheit, sicher. Zudem würde die Wettbewerbsfähigkeit der Beherbergungsbetriebe gestärkt. Kritiker und Gegner der Vorlage argumentieren, es bestehe kein gesetzlicher Handlungsbedarf. Allfällige Missbräuche könnten mit kartellrechtlichen Instrumenten bekämpft werden.

Verschiedene Teilnehmer fordern eine weitergehende Regelung. So sollen auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln sowie die indirekte Durchsetzung von Preisparitätsklauseln verboten werden.

1 Einleitung

Mit Schreiben vom 11. November 2020 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF die Kantone, politischen Parteien, gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft und interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu nehmen.

Der Vernehmlassungsentwurf sieht vor, dass ein Verbot von Preisbindungsklauseln in einem neuen Artikel 8a VE-UWG verankert wird. Gemäss dieser Bestimmung handelt unlauter, wer als Betreiber einer Online-Plattform zur Buchung von Beherbergungsdienstleistungen allgemeine Geschäftsbedingungen verwendet, welche die Preissetzung von Beherbergungsbetrieben durch Preisbindungsklauseln, namentlich Preisparitätsklauseln, einschränken. Solche Klauseln sind als nichtig zu erachten.

Mit der geplanten Änderung des UWG soll die Motion Bischof «Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie» umgesetzt werden. Diese Motion verlangt vom Bundesrat, Preisparitätsklauseln in Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotelbetrieben zu verbieten.

Dieser Bericht berücksichtigt sämtliche eingereichten Stellungnahmen.

2 Eingegangene Stellungnahmen

Im Rahmen der Vernehmlassung gingen 123 Stellungnahmen ein.

Vernehmlassungsteilnehmer	Anzahl Stellungnahmen
Kantone	25
Politische Parteien	5
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	2
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	4
Weitere Verbände und Handelskammern	19
Organisationen der Bundesverwaltung und ausserparlamentarische Kommissionen	2
Betreiber einer Online-Plattform	2
Beherbergungsbetriebe	63
Verschiedene	1
Total	123

Die Liste der Vernehmlassungsteilnehmer (mit den in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen) ist im Anhang zu finden.

3 Allgemeiner Überblick

3.1 Teilnehmer, welche die Vorlage des Bundesrats unterstützen

Kantone: AG, AI, AR, BE, BS, BL, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZG

Politische Parteien: ... Die Mitte, SPS, SVP

Verbände: acsi, CCI, CP, fairunterwegs, FER, FRC, glhk, HANDELSVERBAND.swiss, hkbb, HotellerieSuisse, HotellerieSuisse GR, HotellerieSuisse ZH, KMU-Forum, SAB, SBV, SGB, SKS, STV, swiss hostels

Verschiedene: fast alle in Anhang Ziff. 8 genannten Beherbergungsbetriebe, EKK, WEKO

3.2 Teilnehmer, die mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden sind, aber zusätzlich eine weitergehende Regulierung wünschen

Kantone: GR, JU, NE, VD

Politische Parteien: ... Die Mitte, SPS

Verbände: acsi, CCI, CP, fairunterwegs, FRC, glhk, hkbb, HotellerieSuisse, HotellerieSuisse GR, HotellerieSuisse ZH, KMU-Forum, SAB, SKS, STV, swiss hostels

Verschiedene: fast alle in Anhang Ziff. 8 genannten Beherbergungsbetriebe

3.3 Teilnehmer, welche die Vorlage ablehnen

Kantone: ZH

Politische Parteien: FDP, GLP

Verbände: economiesuisse, digitalswitzerland, OAV; Vision Konsum, SGV

Verschiedene: booking.com, expedia

3.4 Teilnehmer, welche die Vorlage, so wie vom Bundesrat vorgeschlagen, ablehnen, aber eine weitergehende Regulierung befürworten

Verbände: SGV

3.5 Teilnehmer, die ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet haben

Verbände: SSV

4 Die Stellungnahmen im Einzelnen

4.1 Bewertung der vorgeschlagenen Bestimmung

AR, GE, JU, NE, SG, SO, TG, VD, ZG, SAB, EKK, HANDELSVERBAND.swiss und eine Vielzahl der in Anhang Ziff. 8 genannten Beherbergungsbetriebe betonen, dass mit dem Verbot von Preisbindungsklauseln die Wirtschaftsfreiheit der Beherbergungsbetriebe, insbesondere deren Preissetzungsfreiheit, sichergestellt werde.

AI und **GL** sind der Ansicht, dass das Verbot von Preisbindungsklauseln der Verlässlichkeit in der Vertragsgestaltung diene.

BE, FR, LU, TG und **FER** sind überzeugt, dass die vorgeschlagene Regelung die Wettbewerbsfähigkeit der Beherbergungsbetriebe stärke. In diesem Zusammenhang heben **Die Mitte, SVP, CCI, CP, fairunterwegs** und **swiss hostels** hervor, durch die Regelung werde verhindert, dass die Plattformbetreiber ihre Übermacht gegenüber den Beherbergungsbetrieben missbrauchen können.

VS, hkbb, HotellerieSuisse, HotellerieSuisse GR und **HotellerieSuisse ZH** erachten es als sinnvoll, dass sich das Verbot von Preisbindungsklauseln auf alle Beherbergungsbetriebe beziehe.

FR, VS und FER weisen darauf hin, dass das Verbot von Preisbindungsklauseln eine Diskrepanz zu den Regelungen im benachbarten Ausland verhindere, wo solche Klauseln bereits verboten seien. In diesem Zusammenhang erwähnt **SPS** Erfahrungen im Ausland, die zeigen würden, dass die Preisdifferenzierung auch tatsächlich praktiziert würde. SPS verweist diesbezüglich auf eine Studie des Bundeskartellamts in Deutschland aus dem Jahre 2020, wonach bei einem Verbot von Preisparitätsklauseln über die Hälfte der mit booking.com zusammenarbeitenden Betriebe die Preise differenzieren würden.

STV, WEKO, EKK und **HANDELSVERBAND.swiss** erachten das UWG als das richtige Gefäß, um ein Verbot von Preisbindungsklauseln zu verankern.

AG, AI, TI, UR und **CP** hegen gewisse Zweifel, ob das Verbot von Preisbindungsklauseln die Markverhältnisse zwischen Plattformbetreiber und Beherbergungsbetrieben erheblich beeinflussen könne. Insbesondere sei nicht unbedingt zu erwarten, dass es deutlich mehr Direktbuchungen auf den eigenen Internetseiten der Beherbergungsbetriebe geben werde.

Acsi, FRC und **SKS** äussern die Hoffnung, dass das Verbot von Preisbindungsklauseln dazu führe, dass im Falle einer direkten Reservation die Beherbergungsbetriebe den Konsumentinnen und Konsumenten häufiger vorteilhafte Angebote machen könnten als bisher. Sie verweisen auf eine im Jahr 2017 von der FRC durchgeführte Untersuchung, die ergeben habe, dass nur gerade ein Drittel der telefonisch kontaktierten Beherbergungsbetriebe bereit gewesen seien, ein günstigeres Angebot zu machen.

ZH; FDP, GLP, OAV, economiesuisse, Vision Konsum, booking.com und **expedia** lehnen ein Verbot von Preisbindungsklauseln mit der Begründung ab, dass überhaupt kein gesetzlicher Handlungsbedarf bestehe. Sie argumentieren, dass bereits das Kartellgesetz (KG) ausreichende Instrumente zur Verfügung stelle, um allfällige Missbräuche zu unterbinden. Auch **AG und UR**, welche ein Verbot von Preisbindungsklauseln grundsätzlich befürworten, werfen die Frage auf, ob eine Regelung, die eine Intervention der WEKO vorsehe, nicht zielführender wäre. Zudem verweisen GLP, booking.com und expedia auf die von ECOPLAN erstellte Regulierungsfolgeabschätzung, die zum Schluss komme, dass aus ökonomischer Sicht keine eindeutigen Gründe für eine zusätzliche Regulierung von Preisbindungsklauseln bestehe.

GLP, digitalswitzerland, booking.com und **expedia** streichen heraus, dass die Online-Buchungsplattformen für die Beherbergungsbetriebe einen erheblichen Nutzen mit sich brächten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärke. So könnten die Beherbergungsbetriebe dank den Online-Buchungsplattformen einen grösseren Kundenkreis ansprechen. GLP, booking.com und expedia weisen auch darauf hin, dass die Online-Buchungsplattformen zu einer Intensivierung des Wettbewerbs und einer besseren Vergleichsmöglichkeit der Angebote führen würden und die Konsumentinnen und Konsumenten davon besonders profitieren könnten.

FDP, economiesuisse, digitalswitzerland, OAV booking.com und **expedia** vertreten die Ansicht, dass Preisbindungsbindungsklauseln ihre wirtschaftliche Berechtigung hätten, da sie ein Trittbrettfahren verhindern würden. Denn ohne solche Klauseln könnten die Beherbergungsbetriebe die Dienstleistungen der Online-Buchungsplattformen kostenlos in Anspruch nehmen und gleichzeitig die Kundschaft durch Anbieten tieferer Preise auf ihre betriebseigenen Internetseiten umlenken.

Für **OAV, Vision Konsum** und **booking.com** ist es aus systematischen Gründen nicht richtig, dass Verbot von Preisbindungsklauseln im UWG zu verankern. Gemäss OAV und booking.com ist die Regelung in Art. 8a UWG auch deshalb verfehlt, weil es in der Vertragsbeziehung zwischen Plattformbetreiber und Beherbergungsbetrieben kein Ungleichgewicht zwischen den vertraglichen Rechten und Pflichten gebe.

FDP, economiesuisse und **digitalswitzerland** sehen im Verbot von Preisbindungsklauseln eine Verletzung der Vertragsautonomie. Es sei nicht Sache des Staates, sich in privatrechtliche Verträge einzumischen.

SGV erachtet die vorgeschlagene Regelung als unverhältnismässig, weil lediglich ein Wettbewerbsparameter, nämlich der Preis, vom Verbot betroffen sei. Die für die Beherbergungsbetriebe ebenfalls relevanten Wettbewerbsparameter wie Menge (Verfügbarkeit) und Qualität (Konditionen) müssten gleichbehandelt werden wie der Wettbewerbsparameter des Preises.

Booking.com ist der Ansicht, dass das Verbot von Preisbindungsklauseln verfassungswidrig sei. Dieses verletze insbesondere die Wirtschaftsfreiheit und das Rechtsgleichheitsgebot.

Acsi, FRC und **SKS** werfen die Frage auf, ob das Verbot von Preisbindungsklauseln durch Wahl des Rechts eines anderen Staates wegbedingt werden könnte. Wenn das Verbot auch als Strafnorm ausgestaltet würde, wäre eine Durchsetzung des Verbots in der Schweiz sichergestellt.

4.2 Änderungsvorschläge

4.2.1 Erweiterung des Verbots auf Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln

GR, VD, SPS, die Mitte, SAB, SGV, acsi, cci, fairunterwegs, FRC, glhk, HotellerieSuisse, HotellerieSuisse GR, HotellerieSuisse ZH, KMU-Forum, SKS, STV, swiss hostels sowie **die meisten der unter Anhang Ziff. 8 genannten Beherbergungsbetriebe** beantragen, dass auch Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln vom Verbot zu erfassen zu seien. Verfügbarkeitsparitätsklauseln beziehen sich darauf, inwieweit sich die Art und die Anzahl der auf anderen Absatzkanälen angebotenen Zimmern vom Angebot auf der Online-Buchungsplattform unterscheiden darf. Konditionenparitätsklauseln beziehen sich auf die Egalität des Angebots zwischen Online-Buchungsplattformen und anderen Kanälen in weiteren Aspekten. Unter diesen Sammelbegriff fallen oftmals weitere vertragliche Aspekte wie Stornierungsbedingungen, aber auch inbegriffene Zusatzleistungen wie Frühstück, WLAN oder Rabattgutscheine für die örtlichen Bergbahnen. Im Wesentlichen wird der Antrag damit begründet, dass Verfügbarkeits- und Konditionenparitätsklauseln die Beherbergungsbetriebe in ihrer Wirtschaftsfreiheit gleichermaßen einschränken wie Preisparitätsklauseln. **expedia** lehnt eine Erweiterung des Verbots auf solche Klauseln ausdrücklich ab.

4.2.2 Verbot der direkten und indirekten Durchsetzung von Preisparitätsklauseln

GR, JU, SAB, SGV, acsi, FRC, HotellerieSuisse, HotellerieSuisse GR, HotellerieSuisse ZH, KMU-Forum, SKS, STV, swiss hostels sowie **einige der unter Anhang Ziff. 8 genannten Beherbergungsbetriebe** beantragen, dass nicht nur die Durchsetzung von Paritätsklauseln mit direkten, sondern auch mit indirekten Mitteln zu verbieten sei. Als ein Beispiel für eine indirekte Durchsetzung von Paritätsklauseln wird die Herabstufung im Ranking von Beherbergungsbetrieben durch die Plattformbetreiber genannt.

4.2.3 Weitere Anträge

NE, VD und **CP** regen an, das Verbot von Preisbindungsklauseln auf sämtliche Sektoren zu erweitern und nicht auf den Beherbergungssektor zu beschränken.

ZG fordert, dass bei allfälligen Verbandsbeschwerden gestützt auf Art. 8a VE-UWG die Anonymität des Einzelbetriebs sicherzustellen sei.

Bei untenstehenden Anträgen handelt es sich um Eventualanträge, falls der Bundesrat an der Vorlage festhalten sollte:

GLP beantragt, die Einschränkung, dass Art. 8 UWG nur im Verhältnis zwischen Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten gelte, aufzuheben sei. Dies würde es auch den KMU

ermöglich, sich auf diese Bestimmung zu berufen. **Einige Mitglieder des KMU-Forums** sprechen sich ebenfalls für eine solche Gesetzesanpassung aus.

expedia beantragt, dass das Verbot von Preisbindungsklauseln nur für Online-Buchungsplattformen mit einem Marktsegmentanteil von mindestens 30% gelten soll.

expedia stellt den Antrag, dass das Verbot wettbewerbsneutral auszustalten sei und alle Online-Buchungsplattformen zu erfassen seien (etwa Buchungswebseiten von Hotelketten).

expedia fordert, dass eine Überprüfungsklausel gesetzlich zu verankern sei. Demnach soll die Regulierung drei Jahre nach Inkrafttreten auf ihre Auswirkungen überprüft werden.

Economiesuisse beantragt, dass die Regelung auf zehn Jahre zu befristen sei.

Anhang Vernehmlassungsteilnehmer

1. Kantone – Cantons – Cantoni

1.	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'État du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia	AG
2.	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno	AI
3.	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'État du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno	AR
4.	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'État du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna	BE
5.	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'État du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna	BL
6.	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'État du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città	BS
7.	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'État du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo	FR
8.	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'État du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra	GE
9.	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'État du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona	GL
10.	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'État du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni	GR
11.	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'État du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura	JU
12.	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'État du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna	LU
13.	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg	NE

	Chancellerie d'État du canton de Neuchâtel Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel	
14.	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'État du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo	NW
15.	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'État du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo	OW
16.	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Chancellerie d'État du canton de Saint-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo	SG
17.	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'État du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo	SH
18.	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'État du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta	SO
19.	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'État du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia	TG
20.	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'État du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	TI
21.	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'État du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri	UR
22.	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'État du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud	VD
23.	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'État du canton du Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone del Zug	VS
24.	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'État du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone del Vallese	ZG
25.	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'État du canton du Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo	ZH

2. Politische Parteien – Partis politiques – Partiti politici

26.	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro	Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro
27.	FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR. I Liberali Radicali	FDP PLR PLR
28.	Grünliberale Partei Schweiz glp Parti vert'libéral Suisse pvl Partito verde liberale svizzero pvl	glp pvl pvl
29.	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse Partito socialista svizzero	SPS PSS PSS
30.	Schweizerische Volkspartei Union démocratique du Centre Unione democratica di Centro	SVP UDC UDC

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete – Associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national – Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna

31.	Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle città svizzere	SSV UVS UCS
32.	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	SAB

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft – Associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national – Associazioni mantello nazionali dell'economia

33.	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere	economiesuisse
-----	---	----------------

34.	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	SGV USAM USAM
35.	Schweiz. Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini	SBV USP USC
36.	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera	SGB USS USS

5. Weitere Verbände und Handelskammern – Autres associations – Altre Associazioni

37.	Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana	acsi
38.	Centre patronal	CP
39.	digitalswitzerland	digitalswitzerland
40.	fairunterwegs	fairunterwegs
41.	Fédération des Entreprises Romandes	FER
42.	Fédération romande des consommateurs	FRC
43.	Glarner Handelskammer	glhk
44.	Handelskammer beider Basel	hkbb
45.	HANDELSVERBAND.swiss	HANDELSVERBAND.swiss
46.	HotellerieSuisse	HotellerieSuisse
47.	HotellerieSuisse Graubünden	HotellerieSuisse GR
48.	HotellerieSuisse Zürich und Region	HotellerieSuisse ZH
49.	KMU-Forum Forum PME Forum PMI	KMU-Forum Forum PME Forum PMI
50.	Ordre des Avocats Vaudois	OAV

51.	Schweizer Tourismus-Verband Fédération suisse du tourisme Federazione svizzera del turismo	STV FST FST
52.	Stiftung für Konsumentenschutz Fondation pour la protection des consommateurs Fondazione per la protezione dei consumatori	SKS
53.	VEREIN SWISS HOSTELS	swiss hostels
54.	Vision Konsum – Die Vereinigung der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten	Vision Konsum
55.	Walliser Industrie- und Handelskammer Chambre Valaisanne de Commerce et d'Industrie	CCI

6. Organisationen der Bundesverwaltung und ausserparlamentarische Kommissionen

– Organisations de l'administration fédérale et commissions extraparlementaires –
Organizzazioni dell'Amministrazione federale e altre commissioni extraparlamentari

56.	Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen Commission fédérale de consommation Commissione federale del consumo	EKK CFC CFC
57.	Wettbewerbskommission WEKO Commission de la concurrence COMCO Commissione della concorrenza COMCO	WEKO COMCO COMCO

7. Betreiber einer Online-Plattform – Exploitant d'une plateforme en ligne – Gestore di una piattaforma on line

58.	Booking.com	Booking.com
59.	Expedia-Gruppe	expedia

8. Beherbergungsbetriebe – Établissements d'hébergement – Aziende alberghiere

60.	Adler Adelboden	
61.	Alpenrose Schönried ob Gstaad	
62.	Altana Scuol	

63.	Apart Hotel Adelboden	
64.	Arenas The Resorts	
65.	Baur au Lac Zürich	
66.	Belvedere Swiss Quality Hotel	
67.	B2 Hotel Zürich	
68.	Cascada Hotel Luzern	
69.	Central Plaza Hotel Zürich	
70.	Dolder Hotel AG	
71.	Engadiner Boutique-Hotel GuardaVal Scuol	
72.	Eurotel Victoria Les Diablerets	
73.	Glockenhof Zürich	
74.	Grand Hotel Kronenhof Pontresina	
75.	Grand Hotel LES TROIS ROIS Basel	
76.	Greulich Zürich	
77.	Gstaad Palace	
78.	Hauser St. Moritz	
79.	Hotel Arc-en-ciel Gstaad	
80.	Hotel Bad Horn AG	
81.	Hotel Basel	
82.	Hotel Bellevue Wengen	

83.	Hotel Bellvedere Scuol	
84.	Hotelbusiness Zug AG	
85.	Hotel Belvair AG	
86.	Hotel Drei Könige Luzern AG	
87.	Hotel Gstaaderhof AG	
88.	Hotelbusiness Zug AG	
89.	Hotel Heiden	
90.	Hotel Le Petit Relais	
91.	Hotel Meili Unternehmungen	
92.	Hotel Meisser Guarda Engadin	
93.	Hotel Metropol Basel	
94.	Hôtel Mont-Blanc au Lac S.A	
95.	Hotel Rössli Bad Ragaz	
96.	Hotel Schönenegg Wengen	
97.	Hotel Schweizerhof Zürich	
98.	Hotel Weiss Kreuz Thusis	
99.	Hotel Waldhaus Sils	
100.	Kulm Hotel St. Moritz	
101.	La Gruna Hotel Sedrun	

102.	Lenkerhof gourmet spa resort	
103.	Märchenhotel AG	
104.	Majer Tourismus AG	
105.	Pilatus-Bahnen AG	
106.	Placid Hotel Zurich	
107.	Romatik Hotel Hornberg	
108.	Silencehotel & Restaurant Edelweiss Lötschental	
109.	Sorell Hotels Switzerland	
110.	Schweizerhof Bern	
111.	Sporthotel Victoria Gstaad	
112.	Steinenschanze Stadthotel Basel	
113.	Stoller Zürich AG	
114.	Suvretta House St. Moritz	
115.	Swiss Deluxe Hotels	
116.	The Alpina Gstaad	
117.	The Chedi Andermatt	
118.	The Living Circle Zürich	
119.	Tschuggen Hotel Group	
120.	Verena's Bed & Breakfast Guesthouse Sachseln	
121.	Victoria Jungfrau Interlaken	

122.	Villa Donkey Degersheim	

9. Übrige interessierte Kreise – Autres personnes intéressées – Altre persone interessate

123.	Terkhov Arthur, Oberengstringen	
------	---------------------------------	--